

Stellungnahme der CDU Rheinland-Pfalz

zur Erklärung „*Flucht und Migration nicht instrumentalisieren*“
des Initiativausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

Wir Christdemokraten begrüßen es, dass sich ein breites Bündnis aus Flüchtlingsinitiativen, Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitgebern der Diskussion um Flucht und Migration widmet. Es ist uns ein großes Anliegen, dass die Debatte sachlich und verantwortungsvoll geführt wird. Wir sind allerdings der Auffassung, dass wir im Wahlkampf über dieses Thema – selbstverständlich sachlich und konstruktiv – sprechen müssen. Die Bürgerinnen und Bürger werden mit den Folgen der Flüchtlingsströme konfrontiert. Wir erleben eine enorme Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung, aber auch Besorgnis und Unsicherheit. Allen Bevölkerungsgruppen müssen wir Antworten bieten. Wir müssen schnell Konzepte zur Unterbringung, Versorgung und Integration der Flüchtlinge erarbeiten, damit ihnen möglichst gut geholfen wird und die Kommunen mit dieser schwierigen Aufgabe nicht alleine gelassen werden.

Aus diesem Grund, haben wir bereits zwei Flüchtlingsgipfel in Mainz durchgeführt und dort zahlreiche fundierte Lösungsansätze erarbeitet. Die Landesregierung hat sich an diesen Gesprächen leider nicht beteiligt. Allerdings hat unser Flüchtlingsgipfel die Debatte um Veränderungen in der Asylpolitik beschleunigt und dazu wichtige Impulse gegeben. Das kam den Flüchtlingen zugute – und das war unser Anliegen. Wir wollen aber auch die Sorgen der rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und im Dialog mit ihnen Spannungen abbauen. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit treten wir entschieden entgegen.

Jeder Mensch, der in seiner Heimat aus weltanschaulichen, religiösen oder sexuellen Motiven verfolgt wird, hat das Recht auf Asyl. Jedem Menschen, der einen Asylgrund hat, wird nach individueller Prüfung bei uns heute und in Zukunft Aufnahme finden. Dieser Grundsatz steht nicht zur Debatte – gleich wie viele Asylsuchende zu uns kommen. Die Verknüpfung mit der Suche nach Fachkräften irritiert uns, da wir Frauen und Männer mit Asylgrund unabhängig von wirtschaftlichen Faktoren in Deutschland aufnehmen. Es gelten die Regeln des Asylverfahrens. Wir Christdemokraten sind jedoch der Auffassung, dass eine Flucht aus der wirtschaftlichen Misere kein Grund für Asyl ist.

Wir glauben, dass alle demokratischen Akteure in der rheinland-pfälzischen Landespolitik sehr gut differenzieren und keine Pauschalisierungen gegenüber einzelnen Ethnien anstellen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass Fehlverfehlungen von Einzelpersonen niemals auf eine Gruppe projiziert werden dürfen. Nichtsdestotrotz müssen vorhandene Missstände angesprochen werden. Es nützt niemandem – weder der Mehrheitsgesellschaft noch den Angehörigen einzelner Minderheiten – wenn Probleme totgeschwiegen werden; denn: Die Bürgerinnen und Bürger erkennen Missstände in ihrem Alltag und erwarten, dass auch Volksvertreter darüber sprechen und Lösungen erarbeiten. Ansonsten besteht die Gefahr, dass sich Teile der Gesellschaft undemokratischen Kräften mit einfachen Lösungen am Rande der Gesellschaft zuwenden.

Insofern bleiben wir Christdemokraten bei unserer Haltung, dass wir Herausforderungen und Probleme im Zusammenhang mit der Aufnahme von Asylsuchenden auch weiterhin sachlich und konstruktiv thematisieren werden.